



Junge Mediziner begeistern sich mehr als auch schon für Hausarztstellen.

IMAGO IMAGES

# Hoffnung auf eine neue Hausärzte-Generation

**Mangel** Junge Ärzte wählen den Beruf des Hausarztes, wenn sie sich während ihrer Ausbildung damit befassen und eigene Erfahrung sammeln können.

VON ANNA WANNER

100 Millionen Franken investiert der Bund, um die Universitätskantone zu unterstützen, mehr Ärzte in der Schweiz auszubilden. Die aktuell 800 bis 900 Studienplätze sollen bis 2025 auf 1300 aufgestockt werden. Denn der Bundesrat hat vor bald zehn Jahren festgestellt, dass für eine gesicherte Gesundheitsversorgung zu wenige Ärzte ausgebildet werden.

Während die Spitäler den Mangel in den letzten Jahren kompensierten, indem sie Mediziner im Ausland rekrutierten, akzentuiert sich der Mangel an Hausärzten. Deshalb investieren die Universitäten spezifisch in die Ausbildung von Hausärzten.

Doch das allein reicht nicht, wie eine neue Studie aus Bern zeigt. Der Verein Junge Hausärzte Schweiz hat zusam-

men mit Sven Streit, Verantwortlicher für die Nachwuchsförderung am Berner Institut für Hausarztmedizin, untersucht, wieso sich junge Ärzte entscheiden, in einer Hausarztpraxis zu praktizieren. Dabei stellte sich heraus: Die eigene Erfahrung trug massgeblich zum Entscheid bei.

## Programme ausbauen

Über 40 Prozent der mehr als 500 befragten Jungärzte haben die Praxis übernommen, in welcher sie als Assistenzarzt eine sogenannte Praxisassistenten absolvierten. «Diese meist kantonal finanzierten Programme wirken, denn sie sind für den Nachwuchs der Steigbügel in die Praxistätigkeit», sagt Sven Streit, der selbst als Hausarzt arbeitet. Eine weitere Erkenntnis: Die jungen Hausärzte wollen längst nicht nur in den Städten praktizieren. Der Nachwuchs zieht auch in ländliche Gebiete und in Agglomerationen – wobei die meisten jungen Ärzte sich einer Doppel- oder Gruppenpraxis anschliessen. Dies liegt unter anderem im Wunsch begründet, Teilzeit zu arbeiten. Sven Streit sagt dazu: «Früher waren Arbeitsbedingungen und Karriereoptionen im Spital interessanter. Heute

hat das gekehrt, der Hausarztberuf hat in den letzten Jahren an Attraktivität gewonnen – auch weil sich Beruf und Familie gut vereinbaren lassen.»

Für viele Kantone, die einen Hausarztmangel beklagen, sind dies interessante Erkenntnisse. Zum Beispiel für den Kanton Thurgau, wo 40 Prozent der Gemeinden über keine hausärztliche Grundversorgung mehr verfügen. Der Kanton sucht nach Lösungen, entwickelt einen «Werkzeugkasten» mit Handlungsmöglichkeiten auf kantonaler und kommunaler Ebene. Für Sven Streit liegt eine Massnahme auf der Hand: «Die Kantone sollten noch stärker in Praxisassistentenprogramme investieren.»

So hätten im Kanton Bern bis heute rund 165 junge Ärzte eine Praxisassistenten absolviert, schweizweit waren es in den letzten zehn Jahren geschätzt 500. Bern habe erkannt, dass die Praxisassistenten ein sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung des Hausarztmangels sei. Der Kanton baut die Stellen von 21 auf neu 35 Stellen aus. Das Programm sei auch für ältere Hausärzte attraktiv, die ihre Praxis an die nächste Generation übergeben wollen. «Ausserdem müssen wir den frühen Kontakt

zwischen den Studenten und der Praxis herstellen.» Denn wenn die Ärzte, wie bis vor kurzem üblich, in ihrer elfjährigen Aus- und Weiterbildung nicht einmal eine Hausarztpraxis von innen gesehen haben, wissen sie nicht, was sie erwartet und wie vielfältig der Beruf des Hausarztes sein kann.

## Grosse Wirkung, tiefe Kosten

Die jungen Hausärzte leiten aus diesen neuen Erkenntnissen eine Reihe von Forderungen ab. Regula Kronenberg, designierte Präsidentin des Vereins der jungen Hausärzte, fasst zusammen, welche Rahmenbedingungen angepasst werden müssten. «Es sollten neue, für Junge finanzierbare Praxismodelle geschaffen werden, es braucht eine noch stärkere Präsenz der Hausarztmedizin im Studium und wir benötigen dringend flexible Arbeitszeitmodelle.» Dafür sei die Unterstützung der Politik gefragt. Denn Investitionen in die Hausarztmedizin würden sich lohnen. Hausärzte können gut 94 Prozent aller Gesundheitsprobleme behandeln – selbstständig und abschliessend, auch in komplexen Situationen. Hausärzte verursachen jedoch nur rund 8 Prozent der gesamten Gesundheitskosten.

## NACHRICHTEN

### SPIELBANKEN Erste Internet-Casinos stehen vor dem Start

In der Schweiz stehen die ersten vier Internet-Casinos vor dem Start: Die Eidgenössische Spielbankenkommission (ESBK) hat entsprechende Gesuche der Casinos von Baden AG, Davos GR, Luzern und Pfäffikon SZ publik gemacht. Diese können frühestens im Juli online gehen, wie zuerst der «Tages-Anzeiger» berichtet hat. Die Spielbanken wollen von den seit Anfang Jahr geltenden neuen rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch machen und ihre Konzessionen erweitern, um Glücksspiele künftig auch im Internet durchführen zu können. So dürfen sie beispielsweise Roulette oder Poker online anbieten. (SDA/CHM)

## GESUNDHEIT

### Lebenserwartung steigt – Männer holen auf

Die Lebenserwartung in der Schweiz steigt weiter. Im Jahr 2017 geborene Knaben dürften durchschnittlich 81,4 Jahre alt werden, Mädchen 85,4. Jedes vierte Mädchen mit Jahrgang 2017 darf sogar damit rechnen, der-einst hundert Geburtstagskerzen ausblasen zu können. Aber die Männer holen ihren Rückstand bei der Lebenserwartung langsam auf, wie neue Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen. Zum Vergleich: Männer mit Jahrgang 1997 hatten zur Zeit ihrer Geburt eine Lebenserwartung von 76,3 Jahren, 5,8 Jahre weniger als im gleichen Jahr geborene Frauen. Bei den 2017 Geborenen wird die durchschnittliche Lebenserwartung zwischen den Geschlechtern nur noch um 4 Jahre differieren. (SDA)

## Öffentliche Haushalte

### Rosige Aussichten bei Staatsfinanzen

Die Aussichten für die öffentlichen Haushalte sind nach wie vor rosig. Bund, Kantone und Sozialversicherungen können im Zeitraum 2017 bis 2019 mit positiven Abschlüssen und einer Entschuldung rechnen. Für die Gemeinden werden ausgeglichene Ergebnisse erwartet. Das schreibt die Eidgenössische Finanzverwaltung zu neuen Zahlen und Hochrechnungen der Finanzstatistik. Mit einer Gesamt-Überschussquote von 1,2 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) schlossen die öffentlichen Haushalte 2017 zum dritten Mal in Folge positiv ab. Überschussquoten hatten 2017 Bund, Kantone und Sozialversicherungen. Den mit Abstand höchsten Saldo zum BIP hatte der Bund mit 0,8 Prozent. (SDA)

# Reform entzündet Streit um Steuerausfälle

**Finanzen** Reisst das AHV-Steuer-Paket tiefe Löcher in die Kassen oder drohen vielmehr Ausfälle, wenn die Reform nicht kommt?

VON MAJA BRINER

Streit um Zahlen prägt so manchen Abstimmungskampf. Der Zahlenstreit bei der AHV-Steuer-Vorlage aber ist aussergewöhnlich heftig. Das linke Nein-Komitee, angeführt von den Grünen und der Gewerkschaft VPOD, mahnt: Die Reform führe zu massiven Steuerausfällen. Das sei Angstmacherei, kontert FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger vom Pro-Komitee. Sie warnt vor einem Nein zur Reform: «Ein Milliardenloch gibt es, wenn Unternehmen die Schweiz verlassen.»

Befürworter wie Gegner stützen sich auf den Bund. Dass sie zu unterschiedli-

chen Einschätzungen kommen, liegt daran, dass sie unterschiedliche Zahlen in den Fokus rücken: Die einen betonen die statischen Auswirkungen, die anderen die dynamischen. Doch von Anfang an: Die Reform schafft Privilegien für multinationale Firmen ab. Theoretisch müssten sie 8,5 Milliarden Franken mehr Steuern zahlen. Da Konzerne dann aber der Schweiz den Rücken zukehren dürften, werden neue Instrumente wie die Patentbox eingeführt. Zudem sollen die Kantone ihre Unternehmenssteuern senken. Tun sie das wie geplant, kommt es unter dem Strich zu Steuerausfällen von jährlich 2 Milliarden bei Bund, Kantonen und Gemeinden, wie die Eidgenössische Steuerverwaltung errechnet hat.

Allerdings zeigen diese Zahlen nur den kurzfristigen, statischen Effekt: Sie gelten, solange sich bei den Unternehmen nichts ändert.

Dank der Steuerreform soll die Schweiz aber so attraktiv sein, dass

neue Firmen zuziehen oder ansässige stärker investieren – was Einnahmen in die Kassen der öffentlichen Hand spült. Wie viel Geld, ist schwierig abzuschätzen, da es unter anderem auch von der Steuerpolitik anderer Länder abhängt. Im Abstimmungsbüchlein lässt sich der Bund nicht auf die Äste hinaus: Die kurzfristigen Mindereinnahmen «dürften mit der Zeit ganz oder teilweise ausgeglichen werden», heisst es dort. Und weiter: «Es könnten sogar Mehreinnahmen gegenüber heute resultieren.»

Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat jedoch mehrere Schätzungen angestellt – und nennt konkrete Zahlen: In einem mittleren Szenario resultieren längerfristig keine Steuerausfälle, sondern unter dem Strich Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte und die Sozialversicherungen von 1,4 Milliarden. Die Steuerverwaltung kommt zudem zum Schluss, dass ein Verzicht auf die Reform die öffentliche Hand längerfristig teuer zu stehen käme.

Grünen-Präsidentin Regula Rytz überzeugt das nicht: Selbst die Studie weist darauf hin, dass eine «temporäre Finanzierungslücke» entstünde. Wie lange diese dauern würde, beantworte die Studie nicht, kritisiert Rytz: Die dynamische Schätzung sei «eine reine Wette auf die Zukunft». Ganz anders sieht das Daniela Schneeberger: «Wer rechnen kann, erkennt, wie wichtig es ist, diese grossen Unternehmen und ihre Gewinne in der Schweiz zu halten.»

## Das sagen die Hauptbetroffenen

Die Kantone und Gemeinden unterstützen die Reform. Die Konferenz der Kantonsregierungen schrieb, kurzfristig entstünden zwar Mindereinnahmen, langfristig würden diese aber kompensiert. Die Kantone betonten die Bedeutung der Konzerne: Die Firmen, die heute von besonderen Steuerregimes profitieren, entrichten knapp die Hälfte der Gewinnsteuereinnahmen des Bundes und ein Fünftel jener der Kantone.

Hannes Germann, Präsident des Gemeindeverbands und SVP-Ständerat, warnt ebenfalls vor einem Scheitern der Reform. «Wenn die Vorlage abgelehnt wird, gibt es grosse Steuerausfälle», sagt er. Wegen der Rechtsunsicherheit würden Firmen abwandern. Hinzu komme, dass Kantone und Gemeinden in diesem Fall keine Kompensation vom Bund bekämen. Die Reform sieht vor, dass die Kantone über eine Milliarde Franken pro Jahr erhalten. Gleichzeitig werden sie verpflichtet, die Ausfälle der Gemeinden abzugelten.

Die Gegner kritisieren indes, manche Kantone könnten zwar von der Reform profitieren, viele verlören jedoch. Germann räumt ein, dass nicht alle Kantone die gleiche Ausgangslage haben. Mit den geplanten Änderungen beim Finanzausgleich werde das aber aufgefangen, sagt er. Und fügt an: «Wichtig ist vor allem, dass die Firmen in der Schweiz bleiben, egal in welchem Kanton und in welcher Gemeinde.»